

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
6/2004

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



2x Ja zu fairen Einbürgerungen

Manchmal genügt eine Kommission

Schwerpunkt	2	Stadt	12
Über die beiden kantonalen Initiativen für faire Einbürgerungen wird abgestimmt.		Soll der Schlachthof der neue Kulturwerkplatz der Stadt werden?	
Abstimmung	8	Serie	14
Die Eidgenössischen Abstimmungen: NEIN zu NFA und Stammzellenforschung!		Wir stellen die grüne Unternehmerin Regula Schurtenberger vor.	

Editorial

Jetzt faire Einbürgerungen!

Michael Töngi, Co-Präsident Grünes Bündnis Kanton Luzern

Sursee und Hochdorf machens schon lange. Auch Horw seit einiger Zeit. Ende September schlossen sich Malters und Kriens an. Und nun will es nach dem Willen des Parlamentes auch die Stadt so machen.

In all diesen Gemeinden entscheidet abschliessend eine Kommission über die eingereichten Einbürgerungsgesuche. In sieben grossen Gemeinden, in denen knapp die Hälfte der Kantonsbevölkerung wohnt, wird heute und in naher Zukunft so eingebürgert, wie es sich die Grünen vorstellen: fair, nach sachlichen Kriterien und ohne öffentliche Demütigungen, wie sie leider immer wieder vorkommen. Dass Einbürgerungsent-scheide an Gemeindeversammlungen und an der Urne oft dazu benützt werden, um irgendwelchen Frust loszuwerden, Denkzettel zu verpassen oder Macht auszuüben, ist für jene, die es trifft, schlimm. Es ist aber auch eines modernen Staates unwürdig, der alle BewohnerInnen vor Willkür schützen sollte und ihnen eine faire Behandlung garantieren müsste. Kommt hinzu, dass sich in vielen Gemeinden die Gesuchsteller jahrelang gedulden müssen, weil das heutige System überfordert ist.



Einbürgerungen möglich machen. Werden sie angenommen, so werden in allen Gemeinden nur noch Kommissionen einbürgern. Abgewiesene Antragsteller erhalten das Recht, vor dem Verwaltungsgericht den Ent-scheid überprüfen zu lassen.

Dies ist nicht, wie es die SVP immer wieder behauptet, ein Demokratieabbau. Welche Kriterien erfüllt werden müssen, um eingebürgert zu werden, kann und soll diskutiert und wenn erforderlich auch vom Volk entschieden werden. Die einzelnen Gesuche gehören aber nicht vor eine Gemeindeversammlung, sondern in eine Kommission, welche anhand von Fakten über sie entscheiden kann.

Ein Gegenbeispiel: Man stelle sich die Reaktion der SVP vor, wenn die Grünen plötzlich verlangten, dass über jedes Baugesuch an der Gemeindeversammlung entschieden würde – eine Einsprachemöglichkeit gegen den Ent-scheid gäbe es nicht, und man würde als Bauherr nicht einmal erfahren, was am Projekt nicht rechtens war. Die Wartezeiten würden auch für einfache Bauten mehrere Jahre betragen. Das gäbe lautstarken Protest: Baugesuche dürfen schliesslich nicht so lange warten – Menschen anscheinend schon.

Am 28. November können wir mit einem zweifachen Ja zu den grünen Einbürgerungs-initiativen in unserem Kanton endlich faire



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH-6004 LUZERN
TEL. 041-412 02 90
FAX 041-412 02 91

2 x Ja zu fairen Einbürgerungen

Manchmal genügt eine Kommission

Felix Kuhn, alt GB-Grossrat, Luzern

Die eidgenössische Abstimmung vom September 04 über die erleichterte Einbürgerung für Secondas und Secondos hat klar gezeigt, dass es verdammt wichtig ist, wie engagiert und motiviert ein Abstimmungskampf geführt wird. Nachträglich jammern hilft nichts. Deshalb gebe ich gleich hier die Postkontonummer «Ja zu den Einbürgerungsvorlagen» an: 60-2339-7.

Jeder Werber, der politische Werbung produziert, versucht die Gleichgesinnten an die Urne zu locken und die Wankelmütigen auf die eigene Seite zu ziehen. Weitere Ziele sind, ein Image zu festigen oder zu korrigieren und dem Gegner einen Spiegel vorzuhalten.

Politische und auch kommerzielle Werbung ist langweilig, wenn sie nicht überrascht. Überraschend ist es nicht, wenn die SVP rassistische Werbung macht, wenn sie mit Schweizerkreuzen und Hellebarden wirbt. Überraschend war es, als bei der Avanti-Abstimmung um die zweite Tunnelröhre der Tell den Vogel machte. Überraschend ist sicherlich auch, dass das Grüne Bündnis mit drei Eidgenossen wirbt.

Die drei Eidgenossen sind ein Blickfang und wurden schon mehrmals von verschiedenen Parteien von links bis rechts benutzt. Wir alle meinen sie zu kennen und verwechseln die Namen dennoch mit den drei Königen. Tell war nicht dabei, Robin Hood auch nicht und Winkelried war 1291 noch nicht geboren.

Der Rütlichwur war keine Gemeindeversammlung, war auch keine Landsgemeinde und schon gar kein Urnengang. Die Bewohner um den Vierwaldstättersee haben einfach eine Delegation, eine Kommission aufs Rütli geschickt. Und diese Herren haben, stellvertretend für fast alle BewohnerInnen, entschieden. Und sie haben gut entschieden, wie wir doch alle meinen dürfen. Fazit: Manchmal genügt eine Kommission.

Eine Gefahr in der Verwendung von historischen Bildern sehen einige Leute über kurz oder lang (Jo), im Festigen eines konservativen, rückwärtsgewandten Schweizbildes. Die Eidgenossen, die Urschweizer, das Rütli, der Tell usw. Ich bin da eher der Meinung, dass wir diese bestehenden Bilder ummünzen können, dass wir am Lack der Bilder kratzen müssen.

Ich sehe in diesem Bild eine weit grössere Gefahr. Abgebildet sind nur Männer und gar keine Frauen. Aber das war wohl so auf dem Rütli. Es liegt jetzt an uns, dass nach der Annahme der zwei Initiativen mindestens die Hälfte der Mitglieder der Kommissionen Frauen sind.

Das Sujet wird als Plakat ausgehängt und soll in verschiedenen Zeitungen als Inserat erscheinen. Wenn dir die Sache wichtig ist, wenn du auch der Meinung bist, dass manchmal eine Kommission genügt, dann unterstütze die Kampagne.



Manchmal genügt eine Kommission.

GRÜNES BÜNDNIS **2xJa**

Kantonale Abstimmung
28. November 2004 **zu fairen Einbürgerungen**

Gespräch mit Ali Celik über die Einbürgerungsfrage «Ich sehe keinen besseren Weg»

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Ali Celik, du hast 1997 in der Gemeinde Littau ein Einbürgerungsgesuch gestellt. Was geschah damit?

Ich habe über zehn Jahre in Reussbühl gelebt. 1997 habe ich ein Einbürgerungsgesuch gestellt. Der Littauer Einwohnerrat lehnte das Gesuch ohne Begründung ab. Daraufhin reichte ich eine Gemeindebeschwerde ein, wobei damals unklar war, welche nächsthöhere Instanz dafür zuständig sei. Aus diesem Grund richtete ich die Beschwerde an den Luzerner Regierungsrat, ans Bundesgericht und an den Bundesrat.

Und welche Instanz war zuständig?

Das Bundesgericht entschied, dass der Regierungsrat die Beschwerde zu beurteilen habe. Daraufhin befand der Regierungsrat, dass das Verfahren in Littau korrekt gewesen sei. Die Gemeinde wiederum machte in ihrer Begründung an den Regierungsrat keinerlei Bemerkungen zu meiner Person, sondern bezog sich nur auf das Formale des Gesuchs.

Du wurdest damals nicht eingebürgert, obwohl du alle Kriterien des Bürgerrechtsgesetzes erfülltest. Hätte das auch passieren können, wenn eine Bürgerrechtskommission abschliessend über die Gesuche entschieden hätte?

Nein, das hätte eindeutig nicht passieren können. Die damalige Kommission des Einwohnerrats, in der alle Parteien vertreten waren, empfahl mein Gesuch einstimmig zur Annahme. Der Einwohnerrat lehnte jedoch mein Gesuch (13 zu 12) aufgrund von Emotionen ab – ein willkürlicher Entscheid.

Im Grunde weiss also niemand, weshalb dein Gesuch abgelehnt wurde. Wie erklärst du es dir? Meine Hypothese ist: Nachdem die BürgerInnen von Emmen kollektiv Gesuche von Einbürgerungswilligen aus dem Balkan abgelehnt hatten, wurde die Gemeinde mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Die Littauer waren vielleicht schlauer und lehnten u. a. auch mein Gesuch (das Gesuch eines Kurden) und das Gesuch eines Italieners ab. So entgingen die Littauer dem Vorwurf, Gesuche von Einbürgerungswilligen aufgrund ihrer Herkunft zu beurteilen.

Was hast du gedacht, als am 26. September 04 die Vorlagen zur erleichterten Einbürgerung der 2. und 3. Generation abgelehnt wurden?

Ganz unerwartet war für mich der Ausgang dieser Abstimmungen nicht, nachdem der Abstimmungskampf hoch emotional geführt und mit stereotypen Bildern Angst geschürt worden war. Als die Ergebnisse jedoch definitiv waren, konnte ich die ganze Nacht nicht abschalten und fragte mich: Wo lebe ich eigentlich? Zweihundert Jahre nach Beginn der Aufklärung werden Einbürgerungsgesuche noch immer nicht rational beurteilt. Das hat mich sehr enttäuscht.

Ende November wird im Kanton Luzern über die Einbürgerungsinitiativen des GB abgestimmt. Wie siehst du dem 28. November entgegen?

Die GB-Initiativen sind sehr wichtig. Ich sehe keinen besseren Weg als die Einbürgerung, Menschen an die Rechte und Pflichten des Landes zu binden, in dem sie leben. Die konstruktive Auseinandersetzung darüber ist zentral, und ich hoffe, dass eine solche Auseinandersetzung auch Auswirkungen auf die Praxis hat.

Die Deutschschweiz und insbesondere die Inner- schweiz tun sich sehr schwer mit der Einbürgerungsfrage. Gleichzeitig hat die Romandie kaum Probleme damit. Wie erklärst du dir das?

Ich habe einmal eine Arbeit über die Todesstrafe in der Schweiz geschrieben. Mir ist aufgefallen, dass schon damals die Anstösse zur Abschaffung der Todesstrafe aus welschen Kantonen kamen (aus Neuenburg, Waadt) und die Romands sich aktiv für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzten – anders als die konservative Innerschweiz. Die Romands haben oft einen differenzierteren Zugang zu sozialen Themen als die Deutschschweizer.

Im Kanton Luzern kennen zwei Gemeinden (Sursee und Hochdorf) seit langem das von der «Initiative für einheitliche Einbürgerungen» geforderte Verfahren mit einer Kommission, die entscheidet. Beide machen damit sehr gute Erfahrungen. Im letzten Jahr haben sich die Stimmberechtigten in drei weiteren Gemeinden ebenfalls für dieses Verfahren entschieden (Horw, Kriens und Malters). Offenbar ein Modell mit



Zukunft! Glaubst du, dass auch die anderen Gemeinden mit der Zeit von sich aus auf dieses Modell einschwenken werden, oder würden kleinere Gemeinden ohne «Druck» des Kantons beim alten, problematischen Verfahren bleiben?

Die Frage ist, wie lange es dauern wird, bis auch kleinere Gemeinden ohne «Druck» des Kantons einschwenken würden. Selbst wenn die Initiativen des Luzerner GB angenommen würden, bliebe das Ganze ein Prozess, eine Auseinandersetzung, in die verschiedene Instanzen involviert sind: die Gemeinden, die Kantone (Regierungsrat) und das Bundesgericht. Es kann jedoch nicht sein, dass sich diese Auseinandersetzung endlos hinzieht. Die Komplexität der heutigen Situation muss reduziert werden, und das bedeutet, dass gewisse Regeln gesamtschweizerisch eingeführt werden müssen. Jemand, der alle Kriterien erfüllt, die im Bürgerrechtsgesetz aufgeführt sind, sollte ein Recht darauf haben, eingebürgert zu werden.

Die zweite «Initiative für überprüfbare Einbürgerungen» will ein Beschwerderecht beim Verwaltungsgericht einführen. Was ist der Unterschied

zur heute schon möglichen Gemeindebeschwerde, die ja auch du damals eingereicht hast?

Im Unterschied zu heute muss dann jede Entscheidung begründet werden, was ich für sehr wichtig und richtig halte. Trotz des Bundesgerichtsurteils vom August 2003 werden ja auch heute noch Gesuche abgelehnt – ohne jegliche Begründung. Deshalb sind ja auch die GB-Initiativen so wichtig: Sie würden den Widerspruch zwischen Bundesgerichtsurteil und Praxis auflösen.

Gibt es noch etwas, was du zum Schluss dieses Interviews sagen möchtest?

Was mich frappiert hat: Wenn wir die Wahlergebnisse z. B. in der Stadt Luzern und die Abstimmungsergebnisse vom 26. September 2004 miteinander vergleichen, muss man zum Schluss kommen, dass selbst die Basis von GB und SP nicht geschlossen für die erleichterte Einbürgerung der 2. und 3. Generation gestimmt hat. Das würde bedeuten, dass die Einbürgerungsfrage auch in diesen Parteien ungenügend geklärt ist und dass nicht alle Stimmberechtigten, die sich politisch links einordnen, bereit sind, zu integrieren.



Ali Celik wurde 1952 in Zentralanatolien (Türkei) geboren. Seine Eltern waren Kurden und Alewiten. Er selbst war politisch aktiv und zwischen 1977 und 1982 Gemeindepräsident in seinem Geburtsdorf. 1980 putschte das Militär in der Türkei, Nach mehrmaligen Festnahmen wurde Celik im Frühling 1982 verhaftet, und nach einem sechsmonatigen Gefängnisaufenthalt in einer Militärkaserne ging er in den Untergrund. Seit 1985 lebt Celik in der Schweiz, im Kanton Luzern. Hier hat er auch seine Ausbildung zum Sozialarbeiter gemacht. Er arbeitet beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) und studiert an der Universität Luzern Soziologie, Geschichte und Philosophie. Ali Celik ist geschieden, hat vier erwachsene Kinder und lebt in einer langjährigen Partnerschaft. In seiner Freizeit diskutiert er gern über sozialpolitische Fragen, fährt Velo und geht spazieren.



Der Hit - eine Jubiläums-Obligation der WOGENO Luzern

Zum 20-jährigen Jubiläum der WOGENO Luzern bieten wir noch bis Ende 2004 eine **Jubiläums-Obligation** an mit unschlagbaren Konditionen:

Zins	3.50%
Dauer	5 Jahre
Kapital	Fr. 20'000.00

Die WOGENO Luzern verfügt über 24 Liegenschaften in und um Luzern mit rund 140 Wohnungen sowie über das Ferienhaus „Sunnehüsli“ auf Rigi-Romiti. Nebst der Vermietung von Wohnungen betätigen wir uns zur Geldbeschaffung als Darlehensnehmerin mit folgenden weiteren Produkten:

Kassenobligationen, mind. 3 Jahre Laufzeit

Aktuell gelten folgende Zinssätze:

3 Jahre fest	2.13%	5 Jahre fest	2.63%	7 Jahre fest	3.00%
4 Jahre fest	2.38%	6 Jahre fest	2.88%	8 Jahre fest	3.13%

Unbefristete Darlehen

Bei unbefristeten Darlehen gelten spezielle Konditionen. Bei Darlehen ab Fr. 100'000.-- ist eine Sicherstellung in Form von Hypothekendarlehen möglich. Der Zins ist Verhandlungssache. Hauptvorteile sind die Immobilien als Sicherheiten, keine Emissionsabgaben bei Errichtung sowie keine Abgabepflicht der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Rufen Sie uns an - wir geben Ihnen gerne Auskunft!

WOGENO Luzern
Neuheim 2
6275 Ballwil

www.wogeno-luzern.ch
info@wogeno-luzern.ch
☎ 041 210 16 46

Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA)

Ein grünes Nein zur NFA

Cécile Bühlmann, GB-Nationalrätin, Luzern

Auch die grüne Fraktion des Nationalrats findet, dass im Finanzdschungel zwischen Bund und Kantonen einiges nicht zum Besten bestellt ist und dass eine Durchforstung dieses Dschungels durchaus nötig ist. Es gibt in der NFA-Vorlage auch interessante neue Ansätze, so z. B. die Töpfe für den soziodemografischen und für den geografisch-topografischen Lastenausgleich. Leider aber ist sehr fragwürdig, wie diese Töpfe gefüllt werden sollen.

Die 1,8 Milliarden Franken werden aus dem Sozialbereich abgezogen – eine äusserst problematische Angelegenheit. Wenn wir eine Gesamtbilanz ziehen, so sind die innovativen Ansätze der NFA zu wenig gewichtig und die Gefahren für einen Abbau im Behindertenbereich zu gross. Die grüne Fraktion stimmt aus diesem Grund der NFA nicht zu, da die Weichen insgesamt falsch gestellt werden.



Staatspolitisch nutzlos

Unsere erste Kritik ist denn auch eine staatspolitische: Die NFA ist ein Projekt, das nicht alle Kantone stärkt, sondern nur die grossen. Die kleinen Kantone werden nämlich vor die Wahl gestellt: Vogel, friss oder stirb! Die Grössenverhältnisse zwischen den Kantonen sind eklatant. Appenzell Innerrhoden z. B. ist mit seinen 15'000 Einwohnern rund 80-mal kleiner als der Kanton Zürich. Dieser beschäftigt mehr Staatsangestellte, als der Kanton Appenzell Innerrhoden insgesamt EinwohnerInnen hat. In den fünf grössten Kantonen (Zürich, Bern, Waadt, Aargau und St. Gallen) lebt mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung unseres Landes. In den fünf kleinsten Kantonen (Glarus, Uri, Nidwalden, Obwalden und Appenzell Innerrhoden) leben zusammen gerade mal 2 Prozent der schweizerischen Bevölkerung. In den kleinen Kantonen sind milizähnliche Verwaltungsstrukturen

noch gang und gäbe, während in den grossen Kantonen professionelle Verwaltungen mit viel Know-how am Werk sind. Statt nun eine Gebietsreform anzupacken,

die diese Disparitäten grundsätzlich und zukunftsweisend angeht, zementiert die NFA die Ungleichheiten für Jahrzehnte. Denn die Kantone mit all ihren Unterschieden würden sich in Zukunft überall dort zusammenraufen müssen, wo sich der Bund aus Aufgabenbereichen zurückziehen und deren Regelung den Kantonen überlassen will. Dies würde z. B. die Eingliederung und Betreuung von Menschen mit Behinderungen betreffen oder den Strafvollzug.

Die ungleichen Kantone müssten sich miteinander arrangieren und sich darüber einigen, wie die neuen Aufgaben in Zukunft zu lösen sind. Grosse Kantone besitzen genügend kompetentes Personal, um solche Herausforderungen zu meistern – den kleinen Kantonen würde nichts anderes übrig bleiben als die beschlossenen Massnahmen zu übernehmen. Tun sie es nicht freiwillig, so werden sie zu ihrem «Glück» gezwungen. Was hat das mit der Stärkung des Föderalismus zu tun?

Demokratiepolitisch problematisch

Immer mehr Aufgaben sollen den Konkordaten übertragen werden – der Konferenz der Kantonsregierungen, den regionalen Regierungskonferenzen, der Konferenz der Alpenkantone, den 17 verschiedenen Verwaltungskonferenzen. Eine eigentliche vierte Ebene zwischen Bund und Kantonen ist hier entstanden. Diese Entwicklung würde durch die NFA massiv unterstützt.

Die «vierte Ebene» missfällt uns aus demokratiepolitischen Überlegungen, sind doch ihre Entscheide nicht der demokratischen Mitbestimmung der lokalen Parlamente unterstellt. Diese können zu solchen Entscheiden in der Regel nur noch Ja oder Nein sagen. Deshalb ist es ehrlicher, Bundeslösungen zu suchen; es ist ehrlicher, wenn das nationale Parlament, das sich aus VertreterInnen der ganzen Schweiz zusammensetzt, demokratische Lösungen sucht.

Sozialpolitisch ungerecht

Eine weitere Kritik betrifft die sozialpolitischen Auswirkungen der NFA. Weil zum Füllen der eingangs erwähnten geografisch-topografischen und soziodemografischen Töpfe freie Mittel benötigt werden, ging, suchte und

Abstimmungsparole

Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

NEIN

fand der Bundesrat – und zwar v. a. im Behinderten- und im Sozialbereich. Deshalb – und nicht etwa, weil die aktuelle Aufgabenteilung dort nicht funktionieren würde – muss der Sozialbereich erhalten.

Wir Grünen befürchten, dass mit der NFA die Schwächsten in unserer Gesellschaft noch stärker benachteiligt würden und dass die Kantone die neuen Mittel nicht in erster Linie für die Aufgaben im Behindertenwesen einsetzen würden. Wir befürchten, dass sich die Kantone dazu verführen lassen könnten, diese Mittel für Steuergeschenke zu verwenden – Steuergeschenke an diejenigen, die es nicht nötig haben. Diese Befürchtungen beruhen auf den Erfahrungen der letzten Zeit, nämlich dass den Reichen mehr gegeben und den Armen mehr genommen wird und dass die Senkung der Steuerquote als Allerweltsmittel für jedes Problem angepriesen wird.

Aus diesem Grund sind wir strikte gegen die Aufgabenumverteilung im sozialen Bereich. Aus den Behindertenorganisationen sind in zehn Wochen 178'000 Unterschriften für eine Petition gegen die NFA zusammengekommen (mehr, als es für eine Volksinitiative braucht). Dies zeigt, wie gross die Beunruhigung und die Befürchtungen in diesem Umfeld sind. Ich finde, es ist auch unsere Aufgabe, diese Befürchtungen ernst zu nehmen und ihnen Rechnung zu tragen.

Finanzpolitisch wenig innovativ

Die dritte Kritik an der NFA ist eine finanzpolitische. Wie erklären Sie es einem Bewohner,

einer Bewohnerin unseres Landes, die es aus Zufall in den Kanton Jura verschlagen hat, dass sie mehr als doppelt so hohe Steuern zu bezahlen haben als jemand im Kanton Zug? Das ist eine eklatante Ungerechtigkeit. Hier zeigt der von der bürgerlichen Seite immer wieder verteidigte und zu einer Frage von «Sein oder Nichtsein des Föderalismus» hochgejubelte Steuerwettbewerb sein hässlichstes Gesicht.

Dieses Problem geht die NFA zu wenig gründlich an. Die Korrekturen bewegen sich in einem viel zu kleinen Bereich. Es wird zwar ein horizontaler Ressourcenausgleich geschaffen, aber dieser verteilt viel zu wenig um. Wer das Gejammer der finanzkräftigen Geberkantone noch im Ohr hat, kann unsere Einschätzung sicher nachvollziehen, dass es sich hier weniger um ein Projekt zur Stärkung des Föderalismus handelt als um ein Projekt, das die Erbsenzählermentalität verstärkt. Die NFA reduziert nämlich das Verhältnis zwischen den Kantonen auf die Frage, wer wem wie viel geben muss und wer von wem wie viel erhält.



UNSOZIAL – UNGERECHT – UNNÖTIG

Unter diesem Motto demonstrierten am Samstag, 16. 10. 2004, mehr als 10'000 Menschen in Bern gegen die NFA.

Organisiert war die Kundgebung vom Verein «Behinderte gegen die NFA».

Zweite Vorlage Neue Finanzordnung

Am 28. November stimmen wir über die neue Finanzordnung auf Bundesebene ab. Die neue Finanzordnung gibt dem Bund das Recht, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer weiterhin zu erheben. Für beide Steuern sieht die Bundesverfassung nach wie vor eine Befristung (bis 2020) sowie Höchstsätze vor.

Die Verfassung regelt, welche Steuern der Bund erheben darf und welche Grundsätze dabei einzuhalten sind. Mit der vorgeschlagenen Revision wird im Grossen und Ganzen das geltende Steuersystem weitergeführt. Die Revision wurde vom Nationalrat und vom Ständerat ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Abstimmungsparole

Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung

JA

Fazit

Diese Vorlage ist staatspolitisch mutlos und rückwärts gewandt, demokratiepolitisch problematisch, sozialpolitisch ungerecht und finanzpolitisch zu wenig innovativ. Gegenüber den positiven Ansätzen der Vorlage wiegen die Bedenken zu stark. Deshalb stimmen wir Grünen dem Projekt NFA nicht zu.

(Dieser Text ist eine Zusammenfassung des Eintretensvotums der Grünen Fraktion, welches Cécile Bühlmann bei der Debatte zur NFA im Nationalrat gehalten hat.)

NEIN zu einem voreiligen Gesetz JA zu verantwortungsvoller Forschung

Maria Portmann-Huwiler, GB-Mitglied, Luzern

Das GB sagt NEIN zum Stammzellenforschungsgesetz und stellt Ethik vor Profit. Es ist gegen die Forschung an menschlichen Embryonen und gegen die Patentierung menschlicher Zellen.

Vor drei Jahren hat der Schweizerische Nationalfonds einem Genfer Forschungsteam erlaubt, menschliche Stammzellen zu importieren und an diesen zu forschen. Da laut Bundesverfassung und Fortpflanzungsmedizinengesetz die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen verboten ist, kamen Parlament und Bundesrat in Zugzwang, der geschaffenen Realität die gesetzlichen Grundlagen nachzuliefern.



Heikle Fragen überstürzt beantwortet

Eile für ein neues Gesetz war zusätzlich geboten, weil die bei der In-vitro-Fertilisation (künstliche Befruchtung ausserhalb des weiblichen Körpers) gewonnenen überzähligen Embryonen (befruchtete Eizellen) bis Ende 2003 hätten vernichtet werden müssen, die Forschung aber daran interessiert war, die menschlichen Embryonen zur Herstellung neuer Stammzellenlinien verwenden zu können. Deshalb hat der Bundesrat entschieden, für die Regelung der Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen ein eigenes Bundesgesetz vorzulegen und dafür nicht bis zum Erlass des geplanten Bundesgesetzes über die «Forschung am Menschen» zu warten. Die bürgerliche Mehrheit von National- und Ständerat hat dem Stammzellenforschungsgesetz deutlich zugestimmt. Der «Basler Appell gegen Gentechnologie» hat – unterstützt von den

Grünen – das Referendum gegen dieses überstürzt zustande gekommene Gesetz ergriffen.

Keine Patentierung menschlichen Lebens

Die Grünen sagen NEIN zum Stammzellenforschungsgesetz. Wir fordern, dass die Fragen um die Embryonen- und Stammzellenforschung sorgfältig diskutiert und ganzheitlich im Gesetz zur «Forschung am Menschen» geregelt werden. Wir meinen, dass die Bundesverfassung die Forschung an menschlichen Embryonen verbietet. Das neue Gesetz lässt die Patentierung genmanipulierter menschlicher Stammzellen zu. Wir sind gegen jegliche Patentierung menschlichen Lebens, auch von einzelnen Zellen oder Geweben.

Stammzellenforschung: Tor zum Klonen

Im Abstimmungskampf wird der Bevölkerung weisgemacht, die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen sei nötig, um Querschnittsgelähmte, Herzinfarktpatientinnen, Zuckerkrank, Alzheimerkranke ... dereinst heilen zu können. Wir verlangen, dass zuerst die Möglichkeiten der Forschung mit den ethisch unbedenklicheren adulten Stammzellen (unspezialisierte Zellen aus dem Gewebe geborener Menschen) und mit Nabelschnurblutzellen ausgeschöpft werden, denn die Forschung an menschlichen Embryonen und Stammzellen ist ein weiterer Schritt hin zur Instrumentalisierung und Verfügbarkeit menschlichen Erbgutes. Mit unserem NEIN wollen wir den Dammbruch zum Klonen verhindern, denn bereits heute propagieren einige Schweizer Forscher, durch therapeutisches Klonen hergestellte menschliche Stammzellen sollten dazu verwendet werden, die Abstossung von gespendeten Organen zu vermeiden. Weitere Informationen unter <http://www.baslerappell.ch/aktuell.htm>.

Embryonale Stammzellen

Aus dem Gewebe eines frühen menschlichen Embryos gewonnenes Gewebe, wobei der Embryo zerstört (getötet) wird. Wächst im Labor zu undifferenziert bleibenden embryonalen Stammzellenlinien heran. Bei Zugabe bestimmter Wachstumsfaktoren können sich diese Zellen zu jedem der rund 200 Zelltypen des menschlichen Körpers entwickeln, also zu Herzmuskel-, Nerven-, Haut-, Leber-, Blutzellen usw. Sie können im Labor unbegrenzt vermehrt werden und sind praktisch unbegrenzt haltbar.



Abstimmungsparole

Bundesgesetz vom 19. Dez. 03 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz)

NEIN

Zur Gründung der Grün-Liberalen Zürich

Das Urteil fällen die Wählenden

Michael Töngi, Co-Präsident GB Kanton, Kriens

Unerfreulich sei die Spaltung der Grünen in Zürich, so der Tenor im Luzerner Parteivorstand. Aber weder etwas Verbotenes, noch ein Grund für Überreaktionen.

Anfang Juli gaben Verena Diener und Martin Bäumle an einer Pressekonferenz die Gründung der Grün-Liberalen Zürich (GLiZ) bekannt. Dies war eine Antwort auf die Abwahl von Martin Bäumle als Co-Parteipräsident der Grünen Zürich und die Wahl eines neuen Co-Präsidiums mit Balthasar Glättli und Marlies Bänziger. Vorausgegangen waren aber jahrelange Diskussionen und Querelen aufgrund politischer und persönlicher Differenzen. Die Grünen Schweiz haben sich sehr intensiv darum gekümmert, dass es nicht zu dieser Spaltung kommt; doch in der entscheidenden Phase wollte Verena Diener keine Gespräche mehr mit den VertreterInnen der nationalen Partei führen und vertröstete sie. Die nationale GPS betonte, dass eine Spaltung der grünen Sache schade und war sich darin einig. So kam auch der Suspendierungsantrag für Martin Bäumle einstimmig zu Stande.

Die Grün-Liberalen Zürich (GLiZ) definieren sich so: «Wir werden einen anderen Umgang und Stil pflegen. Wir werden uns rechts der SP ansiedeln.» Gleichzeitig betonen die ExponentInnen der GLiZ, dass ihre Partei Mitglied der Grünen Schweiz sein möchte.

Schlechter Stern über der Geburt

Der Vorstand des Grünen Bündnisses Luzern bedauert diese Entwicklung. Zum einen ist es widersinnig, wenn sich erfolgreiche Parteien aufspalten und ihre Kräfte im Aufbau neuer Strukturen verpuffen. Zum andern macht eine Trennung nicht viel Sinn, wenn sie gesamtschweizerisch doch wieder unter demselben Dach sein wollen. Das GB ist ebenfalls gespannt, was am Umgang und Stil der GLiZ anders sein wird, nachdem sie selber im Streit die Grüne Partei Zürich verlassen haben. Und ihre explizite Ansiedelung rechts der SP entspricht ebenfalls nicht unserer eigenen Positionierung. Andererseits hält der Vorstand fest, dass es niemandem verboten ist, eine neue grüne Partei zu gründen. Und in verschiedenen Kantonen (Bern, Basel-Stadt, teilweise St. Gallen) existieren mehrere grüne Parteien nebeneinander, was sich manchmal

auch positiv auf die Wähleranteile auswirken kann. Nach dem jahrelangen Knatsch in Zürich ist eine Trennung – möglichst emotionslos betrachtet – vielleicht nicht das Dummste. Auch deshalb nicht, weil die Politik von Regierungsrätin Verena Diener mit ihrer Unterstützung für die kantonale Spar- und Abbaupolitik kaum noch zu den Grünen passte. So können die Grünen auch wieder ehrlicher und offensiver politisieren.

Nächste Wahlen abwarten

Letztendlich entscheiden keine grünen Gremien über den Erfolg der GLiZ, sondern die WählerInnen. Sie werden bei den nächsten Zürcher Wahlen sagen, ob ein Bedarf an einer grün-liberalen Partei besteht, die sich in der breiten Mitte ansiedelt. Obwohl diese Mitte nach Meinung der Politforscher ja sehr gross sein soll (hier wächst das fetteste Gras, wurde einmal bemerkt), ist sie parteipolitisch gesehen ständig am Schrumpfen. Auf die Antwort der Wählenden können wir gespannt, aber auch gelassen warten. Wollen die GLiZ den nationalen Grünen tatsächlich beitreten, so will der Vorstand des GB Luzern ihnen keine Steine in den Weg legen. Unter einer Bedingung selbstverständlich: Die GLiZ müssen die nationale Programmplattform akzeptieren. Und dazu braucht es klare Antworten von ihren VertreterInnen.



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli Hof

Bio-Hof Mättwil · 6005 St. Niklausen · Tel. 041 342 05 46

Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen

Damit wir alle mitreden können

Louis Schelbert, GB-Grossrat, Luzern

Steuern senken, Leistungen abbauen, Steuern senken, Leistungen abbauen: Scheinbar unaufhörlich dreht sich die neoliberale Spirale. Die Plattform Luzern stellt sich mit der Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» dem Kreislauf entgegen. Das GB ist mit dabei.

«Sparpaket» nennt der Regierungsrat das Programm 2004/05 zum Abbau von staatlichen Leistungen im Betrag von rund 90 Millionen Franken. «Reform 06» heisst sein Nachfolger, mit dem die Regierung im Verbund mit SVP, FDP und CVP weitere Leistungen im Umfang von 60 Millionen Franken abbauen will.

Diese schönfärberischen Bezeichnungen sollen verschleiern, dass da zulasten der kleinen und mittleren Einkommen Politik gemacht wird. Die Regierung, CVP, FDP und SVP geben vor, es gehe nicht anders. Das ist aber nicht wahr.

Neoliberale Provokationen

1. Während Nötiges abgebaut wird, verbraucht man viel Geld bei Unnötigem. Für viel Geld hat Luzern als dritter Kanton (!) ein neues Informatikgesetz entwickelt (es kommt jetzt in den Grossen Rat), auf eine teure neue Art wird die Verwaltung geführt (Stichwort: new public management), das teure Leistungslohnsystem wird eingeführt, etc. Da überall ist Sparen ein Fremdwort.

2. Der Abbau wäre in dieser Form gar nicht nötig. Das Defizit der Staatsrechnung 2003 kam zustande, weil der Kanton freiwillig Liegenschaften der Berufsschulen übernommen hat und weil die höheren und höchsten Einkommen mit linearen Steuersenkungen beschenkt wurden. Diese Politik wollen Regierung, SVP, FDP und CVP fortsetzen: Per 2008 sind Steuersenkungen im Betrag von 50 Millionen Franken vorgesehen.

3. Der Kanton «finanzpolitisiert» weit über das gesetzlich Notwendige hinaus. Die Verfassung sieht vor, dass Bilanzfehlbeträge innert vier bis acht Jahren ausgeglichen werden müssten. Regierung und Grosser Rat wollen jede Rechnung ausgeglichen. Dazu will die Verfassung, dass auf die konjunkturelle Lage Rücksicht genommen wird. Regierung und Grosser Rat lassen das ausser Acht.

Demokratieproblem lösen

Ich bezweifle, dass die Bevölkerung alle die einschneidenden und oft problematischen Abbaumassnahmen mitträgt. Gefragt wurde sie nicht, und die Behörden verhindern, dies zu ermöglichen. Entsprechende Anträge wurden im Grossen Rat mit grossem Mehr abgelehnt. Die Abbauübungen sind daher auch aus demokratiepolitischen Gründen falsch. Denken wir daran: Die Bildungs-Petition von LLV und VLM mit 30'000 Unterschriften in-ner einer Woche war in der Grossratsdebatte kein Thema, auch jene der Musikschullehrpersonen nicht. Der Tenor lautete: Jetzt wird die Sache durchgezogen.

Initiative als Antwort

So darf es nicht weitergehen. Denn die Spirale dreht sich weiter. Die nächste Abbaurunde wird vorbereitet. Dann sind weitere Steuersenkungen versprochen. Regierungsrat Kurt Meyer hat es gesagt: Es trifft wieder die Bildung, Gesundheit, Soziale Wohlfahrt, (öffentlicher) Verkehr. Deshalb braucht es das breite Bündnis der Plattform Luzern, um dieser Politik einen Riegel zu schieben. Der gemeinsame Nenner von allen ist: Erhalt des Service public, gegen unsinnigen Leistungsabbau und für den Ausbau der demokratischen Rechte der Bevölkerung. Die Volksinitiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» setzt das um: Sie will Budget und Steuerfuss des Kantons dem fakultativen Referendum unterstellen. Das herrschende Demokratieproblem wird so gelöst, das Volk hat das letzte Wort, ganz wie es unserer politischen Tradition entspricht. Ist die Initiative eingereicht, ist das Volk an der Reihe.

Bitte unterschreiben Sie diese Initiative. Unterschriftenbögen können unter www.gruene-luzern.ch heruntergeladen werden.



Förderung des Sports im Einklang mit der Natur

Das Projekt Seefeld

Michael Albisser, L2O, Horw

8 Millionen Franken will Horw in die Sportanlage Seefeld investieren. Nachdem der Einwohnerrat an seiner ersten Sitzung der neuen Legislatur dem Kredit zugestimmt hat, soll Ende November an der Urne über das Projekt abgestimmt werden. Die L2O unterstützt die Vorlage und somit die Förderung des lokalen Sportes.

Dabei wünscht sich die L2O eine aktive Jugendförderung und eine gewisse Gleichbehandlung im vielfältigen Sport- und Freizeitangebot. Nicht nur die bedeutenden, grossen Sportvereine sollen durch die Erneuerung und Ergänzung der Anlage unterstützt werden, von der Investition sollen auch die kleinen und unkonventionellen Gruppen profitieren können, welche aus den Sportfondstöpfen eh schon die kleineren Beiträge erhalten. Wenn die Steuerzahlenden schon so viel Geld sprechen, muss die Sport- und Freizeitanlage auch breiter nutzbar sein und verschiedensten Gruppierungen offen stehen sowie weiterhin den Schulen zugänglich sein. Die Gemeinde ist gefordert, ein entsprechendes Nutzungskonzept mit den betroffenen Vereinen und Schulen zu erarbeiten und umzusetzen.

Das Projekt muss auch aus ökologischer Sicht sehr sorgfältig begleitet werden. In unmittelbarer Nachbarschaft liegt ein Moor und Amphibienlaichplatz von nationaler Bedeutung. Die L2O bedauert, dass aus Spargründen auf ein neues Rasenspielfeld mit Terrainausgleich

und -aufschüttung und damit auf ein neues Entwässerungssystem verzichtet wird. Das Rasenspielfeld braucht Nährstoffzugabe in Form von Dünger. Da der inzwischen stark verdichtete Boden nicht mehr genug filtern kann, erfolgt die Entwässerung direkt übers Ried in den See. Das ist ökologisch nicht optimal. Dieses Problem muss zu einem späteren Zeitpunkt unbedingt gelöst werden.

Weitere heikle Umweltaspekte sind Licht und Lärm. Im Sinne der Vorsorge sind laut Umweltschutzgesetz schädliche und lästige Einwirkungen frühzeitig zu begrenzen. Mit der heutigen Technologie sind Beleuchtung und Beschallung auch punktuell möglich und brauchen somit nicht die ganze Riedfauna und Nachbarschaft zu stören. Die L2O fordert, dass in diesem ökologisch sensiblen Bereich nicht gespart wird.

Erfreulicherweise wird um den Bach eine ökologische Aufwertung geplant. Neben der Bachrevitalisierung wird auch die Pappelmonokultur durch einen gemischten Baumbestand ersetzt, somit wird das Seefeld auch als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung attraktiver. Wichtig bleibt, dass der ökologisch wertvollen Umgebung – dem Steinibachried – auch in Zukunft genügend Sorgfalt und Rücksicht entgegengebracht wird.

Wir stimmen Ja und bleiben dran!



Amtsrichterwahlen Luzern Land

Am 28. November wählen die StimmbürgerInnen des Amtes Luzern Land einen neuen Amtsrichter. Die bisherige Amtsrichterin Alice Königs (SP) tritt nicht mehr zur Wahl an. Da die SVP



bis jetzt nicht im Amtsgericht vertreten war, fordert sie einen Sitz für sich. Damit kommt es zu einer Kampfwahl zwischen SVP und SP. Die SP-Kandidatin Myriam Schützenhofer arbeitet seit neun Jahren als Gerichtsschreiberin am Amtsgericht Luzern Land und seit drei Jahren als Ersatzrichterin am Obergericht (Familienrecht). Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der kantonalen Steuerverwaltung.

Das GB unterstützt die SP-Kandidatur von Myriam Schützenhofer.

Neuer Kulturwerkplatz im Schlachthof Luzern

Ja zum Projektierungskredit

Christa Stocker, GB-Grossstadträtin, Luzern

Luzerner Theater und Musikschule brauchen neue Räume, weil die Verträge mit der Brauerei Eichhof auslaufen und nicht mehr erneuert werden können. Im Mai 2003 entschied sich das Volk knapp gegen die Sanierung des Kulturzentrums Boa am Geissensteinring. Ein demokratischer Entscheid mit grossen Auswirkungen für den Boa-Betrieb. Für Theaterschaffende ist es schwer, Produktionen in der Boa zu zeigen. Neben der Bühne sind keine eigentlichen Produktionsräume für die probenintensive Vorbereitungsphase von Theaterstücken vorhanden.



Luzerns Schlachthof liegt an der Arsenalstrasse, knapp auf Krienser Boden in der Nähe des Pilatus-Marktes. Auf dem Schlachthofareal sollen die Raumprobleme des Luzerner Theaters, der Musikschule, der alternativen Kulturszene und des freien Theaters gelöst werden. Das Ganze ist eigentlich keine klassische Kulturvorlage, sondern ein raffiniertes Konstrukt, mit dem der Stadtrat vier Raumprobleme an einem Ort lösen will. Das Zusammentreffen der verschiedenen Kultursparten auf dem Kulturwerkplatz Luzern Süd, so heisst die Vorlage, ist also eher zufällig.

Die Beteiligten

Das Luzerner Theater und die Musikschule begrüssen das Projekt. Eine Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass auf dem Schlachthofgelände den Raumbedürfnissen entsprochen werden kann und dass es möglich ist, die bereits heute funktionierende Nachbarschaft von Theaterprobenhaus und Musikschule weiterzuführen.



Die Musikschule unterrichtet Kinder aller Altersstufen. Über viele Jahre hat die Musikschulleitung von einem Zentrum in der Stadt geträumt. Finanzielle Überlegungen führten nun dazu, den Wunsch von einem zentralen Musikschulzentrum zugunsten des Schlacht-



hofes aufzugeben. Unsere Fraktion steht dem Standort Schlachthof für junge Musikschüler kritisch gegenüber, da die Qualität der öV-Erschliessung heute noch nicht beurteilt werden kann. Die Wege in den Musikunterricht müssen auch für jüngere Kinder mit grossen Instrumenten machbar sein, daher fordern wir, dass der Musikunterricht wenn immer möglich dezentral in den Schulhäusern angeboten wird.

Die Boa hat Symbolcharakter. Sie ist ein Kind der Luzerner Kulturoffensive, die mit dem Bau des KKL verknüpft ist. Die IKU Boa hält am alten Standort fest. Sie fühlt sich am Geissensteinring verwurzelt. Die heutigen Akteure könnten die Verantwortung für ein neues Projekt im Schlachthof nicht übernehmen. Sie sind aber nicht gegen den Projektierungskredit. Die IKU Boa versteht das Schlachthofprojekt als Ergänzung zur Boa, weil dort Raum für emissionsreichere Konzerte entstehen würde. Am Geissensteinring wird heute sehr kreativ und vielseitig programmiert. Laute Konzerte sind aber wegen den strengen Auflagen nicht mehr möglich. Das freie Theater steht dem Schlachthofprojekt positiv gegenüber. Theater Räume für die freie Szene werden knapp, weil z. B. die Theaterwerkstatt von Livio Andreina an der Denkmalstrasse die Kündigung erhalten hat. Das Forum Freies Theater fordert neben den Räumen aber auch genügend hohe Betriebsbei-

träge und eine gute Produktionsförderung. Wir unterstützen diese Anliegen.

Standpunkt des Grünen Bündnisses

Am 21. September fand an der GB-Mitgliederversammlung ein gut besuchtes Podium zum Kulturwerkplatz Luzern Süd statt. Wir führten neben der kulturpolitischen Debatte eine differenzierte Diskussion zum Thema Stadtentwicklung, da das Gebiet im Schlund zu den Entwicklungsgebieten der nächsten Jahre gehören wird. Der Projektierungskredit wurde auch unter diesem Gesichtspunkt beurteilt. Das GB wird den Projektierungskredit für den Kulturwerkplatz aus folgenden Gründen unterstützen:

- Eine Mehrheit gibt dem Projekt im «Bermuda-Dreieck» zwischen Kriens, Horw und Luzern städteplanerisch und kulturpolitisch eine Chance.
- Wichtige Fragen zur Planung und zum Betrieb (Organisation, Betriebsbeiträge etc.)

müssen noch geklärt werden. Dazu brauchen wir den Projektierungskredit.

- Beim vorliegenden Projekt geht es nicht nur um die Zukunft der Boa, sondern um Kulturräume für verschiedene Kulturbereiche.
- Die Zukunft der Boa am Geissensteinring kann zum heutigen Zeitpunkt nicht endgültig beurteilt werden. Die angedrohte Rechtsklage der Nachbarschaft ist lange nicht vom Tisch. Politisch werden wir aber weiter dafür einstehen, dass die Boa Kulturraum bleibt. Die Stadt hat mit dem Projekt Kulturwerkplatz Luzern Süd einen diskussionswürdigen Vorschlag gemacht, der nun unter Mitarbeit der Beteiligten weiterentwickelt werden muss. Dies wird für alle eine Herausforderung darstellen. Zum heutigen Zeitpunkt weiss nämlich niemand, wie die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Kulturpartnern aussehen könnte und wo mit Problemen zu rechnen ist, weil hier in der Realität verschiedene Kulturen aufeinandertreffen.

stattkino

7. November um 20:15
DIE SCHWEIZERMACHER von Rolf Lyssy
 Benefizveranstaltung für **GRÜNES BÜNDNIS**

7./8. und 9. November
BILL PLYMPTON
 Animation

ab 11. November
FLAMMEND' HERZ
 von Andrea Schuler und Oliver Ruts

ab 12. November
EXTRAÑO von Santiago Loza

ab 25. November
GEWALT GEGEN FRAUEN
 Theater, Filme, Podium

ab 26. November
CACHORRO von Miguel Albaladejo

ab 2. Dezember
ACCORDION TRIBE
 von Stefan Schwiertert

ab 16. Dezember
LA FEMME DE GILLES
 von Frédéric Fonteyne

STATTKINO IM PANORAMA LUZERN
 Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm • www.stattkino.ch

Learn English
www.english-on-dartmoor.com
 in einem Landhaus in Devon
Eintauchen in die Sprache und in die Landschaft
 Vielseitige Kurse von Feb. – Nov. 2005
 Kursdauer: 2 – 3 Wochen
 Das Essen ist vegetarisch
 Das Mindestalter: 26 Jahre
Aktuell: Intermediate Kurs
 21. Nov. – 4. Dez. 2004
Engl. Gardens/Arts and Crafts
 Mai 2005
Auskünfte und Anmeldungen bei
 Lynn Rawlinson
info@english-on-dartmoor.com
 Telefon: 0044 1364 73117



B A O B A B
 WWF-PANDA-LADEN
 Weihnachtsgeschenke und Mode für die ganze Familie
 Kauffmannweg 17, 6003 Luzern
 Di-Fr: 09.00-12.30 Uhr, 13.45-18.30 Uhr
 Sa: 09.00-16.00 Uhr
 ÖKOLOGISCH UND FAIR

CasaConsult
 R. Fankhauser & L. Theiler
 das andere Immobilienbüro
 Wir beraten Sie gut, verwalten oder verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Wir haben immer interessante Angebote.
 Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14
www.casaconsult.ch

Regula Schurtenberger, Geschäftsführerin Storchen

Was unsere Leute unternehmen

Heinz Bähler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Die Frage bleibt: Haben grüne UnternehmerInnen andere Probleme als andere KleinunternehmerInnen? In dieser Serie versuchen wir auf diese und andere Fragen (eine) Antwort(en) zu bekommen. Die Fragen der RundBrief-Redaktion beantwortet diesmal Regula Schurtenberger. Seit etwa einem Jahr führt sie in der Luzerner Altstadt den Storchen.

Oft hören wir von KleinunternehmerInnen Klagen wegen der grossen bürokratischen Hindernisse. Sind solche Klagen berechtigt?

Ich denke schon, dass diese Aussage teilweise zutrifft. Bei der Neueröffnung habe ich mit einem Transparent auf des Ereignis hingewiesen. Mir wurde mitgeteilt, dies gehe nicht, da es sich um Werbung handle. Während der Weihnachtszeit wollte ich auf dem Platz Glühwein abgeben. Solche Aktionen dürfen aber nur gemeinnützige Vereine durchführen. Gerade in solchen Fällen erlebe ich Gesetze bzw. ihre Umsetzung als recht einengend. Teilweise ist es auch so, dass mit den heutigen Gesetzen und Verordnungen gewisse Situationen nicht mehr geregelt werden können. Ich wollte für ein Mobility-Auto eine Dauer-Durchfahrtsbewilligung erhalten, weil ich nicht nur in der Altstadt arbeite, sondern hier auch wohne. Mir wurde dann erklärt, das sei nicht möglich, da solche Bewilligungen nur für eine (zum Voraus) bestimmte Autonummer gegeben werde. Nach einem längerem Hin und Her erhielt ich die entsprechende Bewilligung.

Was erschwert – oder auch – was erleichtert dir den Storchen-Alltag sonst noch?

Nun, es sind nicht nur bürokratische, gesetzliche Hürden, die uns das Leben manchmal schwer machen. Zu den bürokratischen Hindernissen gehört, dass wir auf der Terrasse nur Tische – und sonst gar nichts – aufstellen dürfen. Wir können dort keine Kunst zeigen, auch Stehtische sind dort nicht möglich. Die Leute könnten zu viel Platz versperren. In keinem Gesetz steht geschrieben, dass viele Lieferanten unter 300 Franken keine Bestellung ins Haus bringen. Solche Usanzen führen natürlich dazu, dass die Grossen bevorzugt werden. Ganz toll erlebe ich die Zusam-

menarbeit unter uns Wirten – so kann ich, wenn mir etwas fehlt, den Nachbarn fragen: «Hast du noch dieses oder jenes?» Ich habe das Gefühl, dass wir uns – Jazzkantine, Bodu, Magdi-Bar und Storchen – auf eine gute Art und Weise ergänzen. So starten Leute ihren Abend mit einem Apéro bei uns, nehmen das



Nachtessen im Bodu oder in der Jazzkantine ein oder genehmigen sich nach der Theatervorstellung noch einen Schlummertrunk im Storchen.

Oft lesen wir, dass eine Beiz eröffnet wird, eine andere geht wieder zu – von aussen betrachtet ein ständiges Auf und Ab. Ist es heute noch möglich, mit einem Restaurant zu überleben oder wechseln die Bedürfnisse der Kundschaft dermassen schnell, dass keine Zeit mehr bleibt, auf veränderte Bedürfnisse einzugehen?

Ich habe den Storchen vor einem Jahr als Einzelfirma gegründet und denke, dass es schon möglich ist, zu überleben. Klar geht das in einem kleinen Unternehmen nur, weil ich mich voll engagiere, d. h. ich bin in sämtliche anfallenden Arbeiten involviert. Dank der «Kleinheit des Betriebes» haben wir in den oberen Etagen kein teures Management. Eine Schwierigkeit, welche wahrscheinlich auf die meisten KMU zutrifft, sind die hohen Miet-



kosten. Andere Probleme wie der Aufwand in der Personaladministration (Lohnabrechnungen mit allem Drum und Dran) machen mir weniger zu schaffen. Hier habe ich eine gute Software. Ich denke, dass es wichtig ist, auf die veränderten Strukturen (in der Altstadt) wie auch auf die veränderten Bedürfnisse der Gäste einzugehen. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass auch die Altstadt abends lebt. Ich stelle im Moment so etwas wie eine Zweiteilung bei der Beizenkultur fest: Die Jüngeren verkehren vor allem in der Neustadt, während die Älteren die Beizen eher in der Altstadt aufsuchen. Natürlich ändern sich die Bedürfnisse der Kundschaft immer wieder. So möchten BesucherInnen an Sonntagen auch nachmittags um vier Uhr zmörgele ...

Du hast den Storchen an sieben Tagen von 8 bis 24 Uhr geöffnet. Da taucht die Frage auf: Hast du noch Freizeit?

Mein Ziel ist es, dass ich «nur» an 5 Tagen arbeiten muss. Ich denke, dass dies mit der Zeit möglich sein wird. In meinem ersten Betriebsjahr konnte ich verschiedene Erfahrungen sammeln (wann kommen mehr bzw.

weniger Leute?). Ich stelle fest, dass im Sommer und Winter etwa gleich viele Leute kommen, d. h. es gibt keine starken saisonalen Schwankungen. Zwar ist es so, dass während der Ferienzeit tendenziell weniger Leute kommen. Trotzdem: Der Storchen ist auch für TouristInnen attraktiv.

Als grüne Unternehmerin – was machst du anders als die anderen?

Keine einfache Frage – wir bieten keine Vollwert-Bioküche an, ich kann bei den Menüs nicht alles anbieten, dazu bin ich küchenmässig nicht genügend gut ausgerüstet. Beim Abfall ist es so: Den müssen wir Wirte alle trennen. Ich suche meine Lieferanten sehr oft in der Nähe, bevorzuge nach Möglichkeit die kleinen Händler, aber das Preis-Leistungs-Verhältnis muss stimmen. Dass ich die hohen Stromrechnungen senken, also Strom sparen will, hat nicht nur mit meiner grünen Ader zu tun, sondern ist ebenso ökonomisch motiviert.

Regula Schurtenberger, ich danke dir für das Gespräch.



**Oeko-Hotel
Gruebismalm/Rigi**

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

80 Jahre MV Luzern

«Für das Recht der Mieterinnen und Mieter»

Werden Sie Mitglied und lassen Sie sich beraten!

MV ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21
www.mieterverband.ch/luzern



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie
BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch



WWW.HIRSCHMATT.CH

HIRSCHMATT BUCHHANDLUNG. DAS JAHR IM GRIFF.

HIRSCHMATTSTRASSE 26. 6003 LUZERN

TELEFON: 041 - 210 19 19. TELEFAX: 041 - 210 52 05. E-MAIL: HIRSCHMATT@TIC.CH

Einige Gäste zögern manchmal, bei uns ein ganzes Menü zu bestellen, weil sie gehört haben, dass in gewissen Esslokalen Supersize-Portionen zu Supersize-Personen geführt haben. In der

KOSTGEBEREI

sind solche Befürchtungen fehl am Platz. Es ist erwiesen, dass unsere Vollwertkost eine hohe Nährstoffdichte hat. Das heisst: mit jeder Kalorie, die man isst, bekommt man gleich eine ganze Ladung Vitamine, Mineralien und Ballaststoffe mitgeliefert.

Von der Suppe bis zum Dessert sind unsere Menüs also supergesund, und ein Super-Genuss. Auf Wunsch servieren wir auch Supersize-Portionen. Mit Gewähr.

Kostgeberei
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag über Mittag.



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36
6005 LUZERN
TEL. 079 650 79 42



Mehr Luft
für Ihre Anliegen.

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstrasse 28, 6002 Luzern, Telefon 041 227 77 77, www.xundheit.ch

Ein Plädoyer für Stehvermögen im Gegenwind Schweizerin sein, werden oder bleiben

Christian Sager, Vorstand junge gruene luzern

Schweizerin soll sein, wer Schweizerin ist. Allfällige Diskrepanzen zwischen dem materiellen und dem formellen Schweizer-Sein werden mittels Einbürgerung ausgeräumt. So einfach wäre es, denkt man. Doch das dachte man auch vor dem 26. September 2004 – und wurde auf krasse Weise eines Besseren belehrt: Wenn es um die Verleihung des schweizerischen Bürgerrechts geht, reagieren die LuzernerInnen doch eher aus dem Bauch heraus und sind für rationale Argumente wenig empfänglich. Wer keine Verwandtschaft in gerader Linie mit Wilhelm Tell oder doch zumindest Niklaus von Flüe nachweisen kann, wird nur ungern als Mitbürger akzeptiert.

Weit lieber frönt man frohgemut dem Klischee des drogendealenden Albaners, der mit seinem tiefer gelegten BMW, wetterfest gelieterten Haaren, ärmellosen Muskelshirts und klirrenden Goldketten den Schrecken der Luzerner Land- und Stadtstrassen und den Albtraum aller zukünftigen Schwiegermütter darstellt und schickt so – bestärkt durch die diffus-dumpfe Propaganda unserer Lieblingsfeinde – glorios und ohne zu zaudern sämtliche Bürgerrechtsvorlagen heute und bis in alle Ewigkeit bachab.

Auf den Stein tropfen

Auch wir könnten uns nun zurücklehnen, uns ein Glas Montepulciano einschenken und bittergenüsslich über den Zeitgeist und den verfehlten Lauf der Welt lästern. Noch tun wir das aber nicht. Noch sind wir nicht gewillt zu glauben, dass objektiv Falsches richtig sei, nur weil es dem Glauben der Mehrheit entspricht. Es kann doch nur unsere Aufgabe sein – als junge, vernunftbegabte Wesen –, gerade in dieser Zeit den Dorn im Fleisch der Mehrheit zu sein, also selber zu denken und streitbar gegen den Strom zu schwimmen. Nehmen wir einmal an, auch die beiden GB-Einbürgerungsinitiativen würden im November scheitern und wir würden dies schon heute vermuten. Dies wäre kein Grund, sich nicht mit voller Kraft dafür einzusetzen. Denn die Initiativen zielen in die richtige Richtung. Und nur – aber immerhin – steter Tropfen höhlt den Stein. Tropfen wir also weiter.

Wir denken wirklich weiter

Die jungen gruene luzern setzen sich also mit ihrer ganzen Energie und diversen Aktionen in den kommenden Wochen für die Einbürgerungsinitiativen ein. Denn die Migration wird unsere Generation noch mehr beschäftigen als frühere Generationen. Die Welt ist in den vergangenen Jahren weder friedlicher noch gerechter geworden. Globalisierung und politischer, wirtschaftlicher sowie religiöser Extremismus sorgen dafür, dass dem auch in Zukunft nicht anders sein wird. Also können wir nicht warten, bis auch unsere heutigen Gegner einsehen, dass die Idee mit der Mauer um die Schweiz, Europa oder die Nordhalbkugel der Welt einfach nicht funktioniert. Wir müssen heute nach Lösungen suchen, wie Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen friedlich miteinander zusammenleben können, ohne sich selbst, ihre Überzeugungen und ihre Ideale zu verleugnen. Wir müssen nach Wegen suchen, einander wirklich verstehen zu lernen, Denkweisen und Beweggründe zu erkennen. Beidseitig. Das ist Integration, und nicht etwa die Idee, dass Schweizer Moslems werden oder Nigerianer Alpherden auf der Musenalp.
www.junge-gruene-luzern.ch



Wer ist denn da Schweizer oder Schweizerin?

GB-Fest vom 29. August 2004

Vielen Dank an alle!

Sekretariat Grünes Bündnis Luzern

Allen SponsorInnen des GB-Festes möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen und sie unseren Teams wärmstens empfehlen. Zu den SponsorInnen zählte einmal mehr das Restaurant Helvetia, Roli und Irma vom Neustädtli, das Restaurant La Perla, Regula Schurtenberger vom Storchen und Urs Steiger vom Weinhandel Steiger-Jiménez. (Bei Urs können u. a. vollmundige Weissweine aus der Pfalz bezogen werden.) Wir danken auch den beiden Bäckereien Bebié und Gänterli, die unser Fest kulinarisch-süss unterstützten.

Das diesjährige Volleyballturnier bestritten sechs Teams. Wer meinte, ein reines Frauenteam könne nicht gewinnen, sah sich

getäuscht. «Die 6 Fürchterlichen» zeigten den gemischten Teams den Meister. Fürchterlich war, dass die meisten Spielerinnen noch sehr jung waren und sie dennoch schrecklich gut spielten. Sie waren eben richtige BTV-Cracks. Dennoch brauchten sich die gegnerischen Teams nicht zu schämen, denn ansatzweise waren die Fürchterlichen schlagbar. Schlussendlich freute es die Spielleitung, einen neuen Champion verkünden zu können – sorry, «Läbige Broch».

Die Rangliste:

1. Die 6 Fürchterlichen
2. Läbige Broch
3. Die Zusammengewürfelten
4. Play it again, Sam
5. Momou
6. Die Unverbesserlichen

Das Fussballturnier verlief ebenfalls im gewohnten Rahmen mit kämpferischen aber fairen Spielen.

Impressum

Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie
Kamber, Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Tel. 041-360 52 52, Fax 041-362 22 37

Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6004 Luzern
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 1/2005, 15. Januar 2005

Zu mieten gesucht

Wohnung oder Haus(-teil) mit Charme
für Paar mit Kind (13 J.),
mind. 4 Zimmer, Luzern, Horw, Kriens
Wohnungstausch (2 x 3 Zi) möglich

Maria Pompei
079 504 59 69
Christoph Meyer
079 331 77 65

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00



Begründung ab. Eine einzige öffentliche Erklärung wurde abgegeben, den Richtern in Lausanne müsse ein Denkkzettel gegeben werden. **Die Rache an den Bundesrichtern wird hier an einem Einbürgerungswilligen zelebriert.** Zu dieser schwachsinnigen Meinungsäusserung wurde sogar applaudiert. Dass das gemeine Volk Schwierigkeiten mit der kapitalistischen Welt hat, ist verständlich. Unverzeihlich ist dagegen der CVP-Nationalrat, der letzten Sommer die Hetze gegen die Bundesrichter eröffnete, vom «Richterstaat» sprach und am liebsten selber Bundesrichter spielen wollte. Ein Gespräch mit Couchepin oder den Grünen wäre dem vorzuziehen, ansonsten sind wir nächstens bei der Volksjustiz.

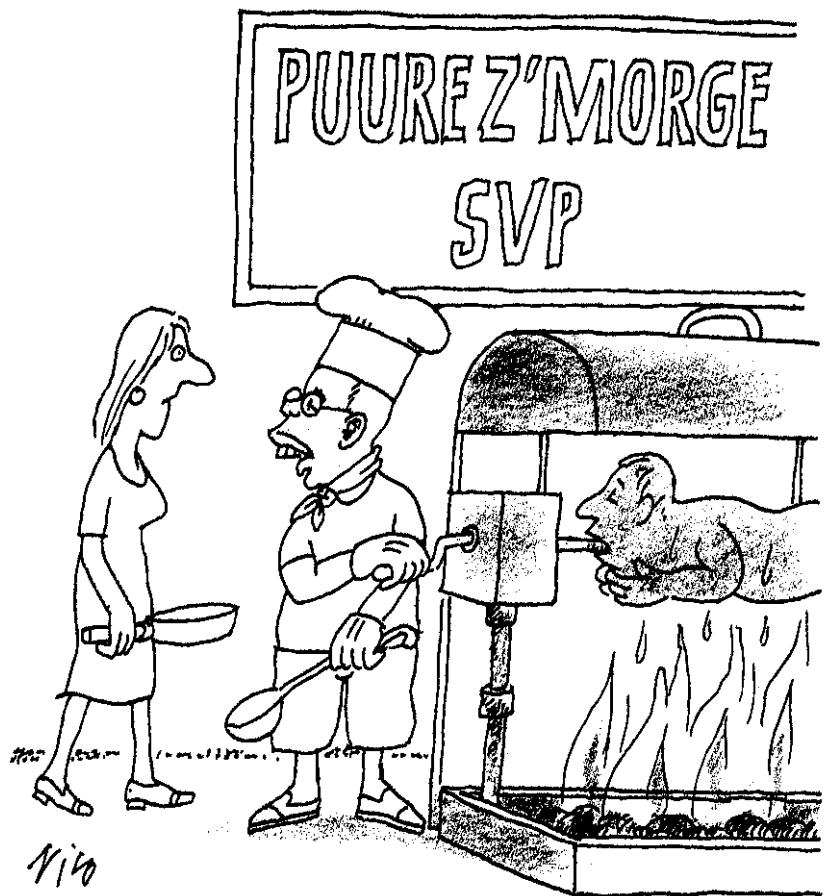
Das Thema Einbürgerungen war so unsäglich und der Abstimmungskampf so verletzend, dass die Nerven am Montag nach der Abstimmung blank lagen. Der Karikaturist Nico wurde öffentlich für seine Karikatur, die den SVP-Nationalratspräsidenten zeigt, gerügt. Blocher sei zutiefst rassistisch angegriffen worden, dafür müsse sich Nico entschuldigen ... Dass aber während des ganzen unfairen Abstimmungskampfes **1,5 Millionen AusländerInnen mit Bin Laden und Kriminellen verglichen wurden**, davon wollte er nichts wissen.

Der eine meint, es gebe bei ihnen Leute, denen es an Verstand mangelt. Der andere meint, Klein musste das Präsidium mangels Fähigkeit abgeben, der Dritte kann mit 80'000 Franken nicht leben und weiss nicht mehr so recht, ob er die AHV-Beiträge der Angestellten bezahlt hat. Wir wissen, **das Ganze nennt sich SVP Luzern**, und wer es nicht glaubt, lese dies nach in der *Neuen LZ* vom 7.10.04 Für die phase1 war dies natürlich ein gefundenes Fressen, das mit einer Flyer-Gratulation zum Konkurs gefeiert wurde.

Schon im letzten «Grünen Pfeffer» fragten wir uns angesichts des angedrohten CVP-Grüns, ob es die Grünen noch brauche. Die CVP hat im Parteiprogramm, wie uns die JCVP wissen liess, der Ökologie einen grossen Stellenwert eingeräumt. Wie gross dieser Stellenwert ist, erfuhren wir, als die CVP-Mehrheit im Nationalrat für **Formel-1-Rennen** stimmte. Franz Brun, Luzerner CVP-Nationalrat, wirkte ganz ökologisch sensibel und stimmte verstört für die Raser, welche endlich neue Vorbilder benötigen.

Couchepin kritisierte Blocher sachlich und engagiert (*NZZ am Sonntag* vom 3.10.04). Das ungenügende Demokratie- und Staatsverständnis rechnete er Blocher vor, **als ob er vom Grünen Bündnis wäre.** Am anderen Tag kam die Retourkutsche. Was Couchepin sage, entspreche gar nicht der FDP. Ob jetzt Couchepin die Gewaltentrennung, welche zu einem Rechtsstaat gehört, der FDP zuliebe wieder aufgibt, wissen wir nicht.

Die Gemeindeversammlung in Schüpflheim lehnt ein Einbürgerungsgesuch ohne



«Stimmt überhaupt nicht, dass wir Ausländer nicht mögen, sie müssen nur gut gewürzt sein.»

Rundbrief

Agenda

November

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 05.	20.00	Sitzung junge grüne Luzern , Sekretariat GB
So 07.	20.15	« Die Schweizermacher », Talk mit Cécile Bühmann und Rolf Lyssy , anschliessend Film , stattkino Luzern
Mo 08.	20.10	Städtischer Vorstand , Sekretariat GB
Do 11.	19.00	Entwurf der kantonalen Verfassung : eine Diskussion mit Monika Clätina (Verfassungskommission), Sekretariat GB
Mo 15.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat GB
So 28.		Abstimmungssonntag
Mo 29.	20.10	Städtischer Vorstand , Sekretariat GB

Dezember

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 03.	20.00	Sitzung junge grüne Luzern , Sekretariat GB
Mo 06.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat GB
Fr 10.	18.00	DankBar , Barflieser, Luzern
Mo 20.	20.10	Städtischer Vorstand , Sekretariat GB

Alle Abstimmungsparolen unter www.gruene-luzern.ch

Rundbrief

Einladung

Sonntag, 7. November 2004, 20.15 Uhr
stattkino, Boubaki-Panorama, Luzern

«Die Schweizermacher» – ein Gespräch mit Cécile Bühmann und Rolf Lyssy, anschliessend Filmvorführung

Cécile Bühmann, GB-Nationalrätin, und Rolf Lyssy, Filmmacher und Autor, unterhalten sich über die Einbürgerungspraxis in der Schweiz und darüber, was sich in den letzten dreissig Jahren (nicht) verändert hat. Anschliessend Auführung von Rolf Lyssys Film «Die Schweizermacher».
Moderation: Rolf Wespe, Studienleiter MAZ

Normaler Kino-Eintritt

Gönnert-Eintritt Fr. 50.- (wird für die Abstimmungskampagne verwendet).
Reservation Telefon 041 410 30 60; Vorverkauf an der stattkino-Kasse.